

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/8

Bonn, den 12. Januar 1956

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Stiefkind Zonengrenzgebiete</u>	69

Förderbeträge des Bundes seit 1953 praktisch unverändert

Von MdB Edwin Zerbe, Landrat des Kreises Hersfeld

2 "Mücken in der Tüte"

Erhard's "Formierte Gesellschaft" immer noch in Bedrängnis

5 Die ewig Gestrigen fanden sich 40

Besorgnende Vorgänge im Kreis Herzogtum Lauenburg
Verbote zu den Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein

4 Umgruppierung 39

Finanzplan vor den Reichstagswahlen

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Heilsame Unruhe in unserer Volkssee bleiben...

Zentralstelle für die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang

Botschafter schlesischer Kultur in den USA

"Eine notwendige Klarstellung"

Politisches Neujahrsgespräch der Pommern

Zwei Sechzigjährige

Heinrich-von-Kleist-Preis verliehen

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Stiefkind Zonengrenzgebiete

Förderbeträge des Bundes seit 1953 praktisch unverändert

Von MdB-Edwin Zerbe, Landrat des Kreises Hersfeld

In den letzten Tagen sind durch Verlautbarungen der Bundesregierung Einzelheiten zum Entwurf des Bundeshaushalts 1966 bekannt geworden. Für die Bevölkerung des Zonengrenzgebietes scheint aus diesen Mitteilungen die betrübliche Tatsache hervorzugehen, daß aus der allgemein anerkannten Notwendigkeit, mehr für die Förderung des Zonengrenzgebietes zu tun, von der Bundesregierung keine finanziellen Konsequenzen gezogen worden sind. Das gilt wohl insbesondere für die im Haushaltsplan des Bundeswirtschaftsministers veranschlagten Mittel im sogenannten Regionalen Förderungsprogramm. Diese Mittel, aus denen neben den Beihilfen für das Zonengrenzgebiet auch die Förderbeträge für die sogenannten Sanierungsgebiete gespeist werden, sind praktisch seit 1953 in ihrer Höhe unverändert. Bei den Beratungen über den Bundeshaushalt 1965 konnte nur mit Mühe und durch den besonderen Einsatz des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen unter seinem Vorsitzenden Herbert Wehner wenigstens eine Verminderung dieser Mittel verhindert werden. Nachträglich wurde dann damals von der Bundesregierung für die Maßnahmen im Rahmen des Regionalen Förderungsprogramms ein weiterer Betrag von 30 Millionen DM bereitgestellt. Nach den bisher bekanntgewordenen Informationen ist dieser Betrag im Bundeshaushalt 1966 nicht wieder vorgesehen.

Bei ihren Besichtigungsreisen durch das Zonengrenzgebiet haben sowohl der Bundespräsident als auch Mitglieder der Bundesregierung immer wieder anerkannt, daß die Hilfe für dieses Randgebiet unzureichend ist. Es genügt auch jetzt nicht, so wie dies im vergangenen Jahr geschehen ist, die Mittel für Schulbauten und kulturelle Maßnahmen im Zonenrandgebiet um 5 Millionen DM zu erhöhen, vielmehr müssen insbesondere die Mittel zur wirtschaftlichen Förderung (Regionales Förderungsprogramm) aufgestockt werden.

Dabei sollte man endlich einmal dazu übergehen, im Rahmen dieses Programms die Fördermittel für das Zonenrandgebiet getrennt von den Mitteln für die allgemeinen Sanierungsgebiete auszuweisen. Wie hoch die aufgewendeten Mittel für das Zonenrandgebiet tatsächlich sind, kann nicht genau angegeben werden, da ein Nachweis über die Höhe dieser Mittel bisher nicht veröffentlicht worden ist. Die getrennte Veranschlagung der Mittel zur Förderung des Zonenrandgebietes und der allgemeinen Sanierungsgebiete ist schon deshalb gerechtfertigt, weil beide Programme verschiedene Ursachen haben.

Die demnächst beginnenden Beratungen für den Bundeshaushalt 1966 sollten Veranlassung dazu geben, auch das Verfahren zur Förderung des Zonenrandgebietes neu zu überdenken. Nicht mit Unrecht wird immer wieder geklagt, daß die Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Einzelprogrammen zu einer Bürokratisierung des gesamten Verfahrens geführt hat. Manchmal erscheint es fraglich, ob die Höhe der im Einzelfall gegebenen Förderungsmittel wirklich in einer echten Relation steht zu dem mit dem Antragsverfahren verbundenen "Papierkrieg". In diesem Zusammenhang sei auf den vom Verfasser bereits im vergangenen Jahr gemachten Vorschlag verwiesen, den Schwerpunkt mehr auf allgemeine und über die gesamte Wirtschaft und Bevölkerung des Zonenrandgebietes breitgestreute Förderungsmaßnahmen zu verlegen.

Wie sehr z.B. die Bestimmungen über die Gewährung der Frachthilfe im Zonengrenzgebiet veraltet und hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückgeblieben sind, wurde bereits in einem am 8. Dezember 1965 im SPD-Pressedienst veröffentlichten Artikel nachgewiesen. Es wäre zu prüfen, ob nicht an die Stelle all der zahlreichen Einzelmaßnahmen zur wirtschaftlichen Förderung des Zonenrandgebietes eine allgemeine Steuerpräferenz für die Wirtschaft des Zonenrandgebietes und auch die hier lebenden Arbeitnehmer und Selbständigen treten sollte. Sicherlich würde eine zehnprozentige Steuerpräferenz bei der Körperschaftsteuer wie auch bei der Einkommen- und Lohnsteuer eine belebende Wirkung auf die ganze Wirtschaft des Zonenrandgebietes ausüben. Sie würde gleichzeitig ein wirksames Gegenmittel darstellen gegen die immer noch zu verzeichnende Abwanderung aus den Gebieten entlang der Demarkationslinie.

Gegenüber den etwaigen Einwänden, daß Sparen zur Zeit das Gebot der Stunde sei, muß darauf hingewiesen werden, daß die Mittel zur wirtschaftlichen Förderung des Zonenrandgebietes im Bundeshaushalt etwa 1,2 Promille des gesamten Bundeshaushalts ausmachen. In dem Zonenrandstreifen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern leben jedoch nicht weniger als 12 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik.

+ + +
"Mücken in der Tüte"

Erhards "Formierte Gesellschaft" immer noch in Bedrängnis

sp - "Wir müssen jetzt die Mücken in der Tüte halten, sonst fliegen sie uns sogar im Winter davon," sagte am Dienstag ein CDU-Abgeordneter im Bundeshaus zu Journalisten, als diese ihn fragten, was nun eigentlich aus der Kanzlers "Formierten Gesellschaft" werden sollte. Inzwischen ist nämlich aus der formierten Gesellschaft ein "Gemeinschaftswerk" entstanden und daraus wiederum ein neuer Koalitionskrach. Wenn nicht alles täuscht, weiß nicht einmal Erhard, wie die von ihm erfundene "Formierte Gesellschaft" funktionieren soll. Unbekümmert wie er ist, ließ der Kanzler in seiner Umgebung verlautbaren, die Sache werde sich schon irgendwie zwischen Bund, Ländern und Gemeinden "hinkriegen" lassen, während Finanzminister Dählgrün von der FDP erhebliche Verfassungsbedenken äußerte und nicht zu Unrecht darauf hinwies, man könne "so etwas" überhaupt nicht machen, weil kaum einzusehen sei, warum Bund, Länder und Gemeinden die laut Grundgesetz garantierte föderalistische Eigenbeweglichkeit aufgeben sollten. Dem Stein der Weisen fand Erhards Sprachrohr Günther von Hase, als er zu erkennen gab, "die ganze Geschichte" sei überhaupt nur auf dem Wege über die Große Finanzreform zu machen. Das Komische daran ist, daß seit 1953 in jeder Regierungserklärung vom jeweiligen Regierungschef versprochen wurde, man werde in der nächsten Legislaturperiode Große Finanzreformen endlich durchführen. Bei den Ankündigungen ist es geblieben, und wenn bei Herrn Erhard trotz seiner Koalitionssorgen noch so etwas wie Sinn für Realitäten übrig geblieben ist, dann müßte er spätestens nach der Erklärung des Herrn von Hase gemerkt haben, wie Recht sein Parteifreund hatte, als er von den "Mücken in der Tüte" sprach...

Die ewig Gestrigen fanden sich

Bezeichnende Vorgänge im Kreis Herzogtum Lauenburg
Vorböten zu den Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein
SI - Kiel

NPD + DFU + CDU ist Wählergemeinschaft - im Kreis Herzogtum Lauenburg ist diese Gleichung möglich. Dort hat sich eine Wählergemeinschaft zu bilden begonnen, die für den Kreistag kandidieren will und zu den Gemeindewahlen am 13. März eigene Kandidaten aufzustellen beabsichtigt. Bisher haben sich führende Angehörige aus NPD und DFU ungeniert zusammengefunden, dazu auch frühere BHE-Angehörige, nachdem diese Partei nicht mehr besteht.

Die Verbindung zur CDU entstand dadurch, daß das bisher dem Kreistag angehörende Mitglied Diets, der einmal als BHE-Kandidat gewählt worden war, dann aber zusammen mit einem zweiten BHE-Kreistagsmitglied von der CDU-Fraktion in Anspruch genommen wurde, nun als Kandidat dieser Wählergemeinschaft auftritt. Die CDU hatte im bisherigen Kreistag mit 21 Mitgliedern nicht die Mehrheit und konnte sie nur mit Hilfe dieser beiden BHE-Kandidaten ganz knapp manipulieren (23 von 45) und so den Kreispräsidenten stellen.

Der Abmarsch zunächst eines ihrer Kreistagsmitglieder zu den "Extremitäten", wie Ludwig Erhard nach der Bundestagswahl die äußerste Rechte und die DFU gemeinsam kennzeichnete, gefährdet die Position der im Lauenburgischen alles beherrschenden Christlichen Demokraten im kommenden Kreistag. In noch stärkerem Umfange aber werden die unzufriedenen Bauern, die sich ebenfalls der Wählergemeinschaft anzuschließen beabsichtigen - Besprechungen haben bereits stattgefunden - das Reservoir der CDU in diesem "Landkreis der Fürsten und Barone" entleeren.

Das Sammelsorium, das dann als - natürlich "unpolitische" - Wählergemeinschaft entsteht, setzt sich aus allen den Kräften zusammen, die schon einmal die Freiheit und das Recht in unserem Lande so weit unterhöhlten haben, daß der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war. Es ist bezeichnend, daß sich eine Wiederholung solcher Gefahren für den Bestand unseres Deutschland in Schleswig-Holstein und in einem Kreis zu entwickeln vermag, der sich etwas darauf zugute tut, daß er vor den Gestrigen beherrscht wird, die nur widerstrebend die Forderungen der Gegenwart begreifen.

Die Märzahlen für die Gemeinden und den Kreis werden nicht nur im Kreis und im Lande, nicht nur in der Bundesrepublik beachtet werden, denn solche Vorgänge, wie sie sich jetzt im Kreis Lauenburg zeigen, lassen politische Beobachter auch jenseits deutscher Grenzen aufmerksam werden und machen hellhörig.

Umgruppierungen

Finland vor den Reichstagswahlen

sp - Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Reichstagswahlen in Finnland findet gegenwärtig eine Umstrukturierung und Konzentration der politischen Parteien des Landes statt. Es geht für sie darum, von den 200 Sitzen im finnischen Reichstag möglichst viel zu erobern. Besonders aktiv sind die Sozialdemokraten, die sich auf die Übernahme der Regierungsmacht vorbereiten. Die Flügel haben sich zusammengeschlossen und abgesplitterte Gruppen sind zurückgekehrt.

Die regierende Agrarpartei unter dem finnischen Staatspräsidenten Kekkonen hat sich umgetauft. Die Partei heißt jetzt "Zentrums-Partei". Sie will sich damit der Umstrukturierung in der finnischen Bevölkerung anpassen. Seit 1950 nahm die Zahl der städtischen Einwohner um 50 Prozent zu, während die in der Landwirtschaft Tätigen um 15 Prozent abnahm. Es kam also für Kekkonen darauf an, seine Basis mit einem neuen Parteinamen zu verbreitern.

Warmehr wurde zum Jahresende in Helsinki auch die "Liberalen Volkspartei" offiziell aus der Taufe gehoben. Es handelt sich hier um einen Zusammenschluß der "Finnischen Volkspartei" mit dem "Bund der Freisinnigen". Die Partei verfügt zwar nur über vierzehn Sitze im Reichstag, stellt aber zwei Minister in Koalitionskabinett Kekkonen.

Auch bei den kommunistischen Volksdemokraten Finnlands findet eine Umschichtung statt. Aller Voraussicht nach wird sich hier eine "sozialistische" Linke nach dem Vorbild der dänischen Volkssozialisten unter Aksel Larsen durchsetzen. Das dürfte dann mit dem Ausscheiden einer kleinen doktrinären kommunistischen Gruppe von alten Stalinisten verbunden werden, die im Reichstag keine Chance hätte.

Allgemein läuft die Umschichtung der politischen Parteien in Finnland auf eine Konzentration hinaus. Es ist gut für die finnische Politik, wenn nur wenige starke Gruppen im Reichstag vertreten sind. Schon haben die ersten Kontakte zwischen den Vereinigten Sozialdemokraten und den sich umbenannten Agrariern unter Kekkonen stattgefunden. Es ist unmöglich, daß die neue finnische Regierung aus einer Koalition von Zentrumsparteilern und Sozialdemokraten bestehen wird.